

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 291
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

SW

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Ein Reichsriesenstandal!

Die Bürokratie pfeift auf das Budgetrecht des Reichstags. - Wo ist der Zwei-Milliarden-Überschuß von 1924 geblieben? - Selbstherrliche Ausgaben der Reichswehr.

Von einem hervorragenden Kenner des Reichsstaats wird uns geschrieben:

Das Budgetrecht eines der wichtigsten Rechte des Parlaments ist, weiß ein jeder, der auch nur oberflächlich sich um öffentliche Dinge kümmert. Weit weniger bekannt ist, worin dieses Recht besteht und wie es ausgeübt wird.

Nach dem jetzigen Rechtszustand ist in allen finanziellen Angelegenheiten der Wille des Reichstags ausschlaggebend. Solange aber der Reichstag seine finanzielle Allmacht gegenüber der einflussreichen und geschäftsgewandten Bürokratie nicht wie ein Fels von Erz aufgerichtet und befestigt hat, wird diese stets zu Übergriffen geneigt sein. Die Verhältnisse der ganzen letzten Jahre, Krieg, Nachkriegszeit und Inflation, haben die Stellung des Reichstags geschwächt, die der Bürokratie aufs höchste gestärkt. Die Eindämmung dieser Uebermacht, ihre Zurückführung in die gegebenen Schranken sind gerade für die Arbeiterklasse Sachen von hoher politischer Bedeutung. Bei der Zusammenlegung und Befestigung des Reichsbeamtenstands in seinen oberen Schichten wird eine ungehemmte und unkontrollierte Betätigung, wie Tugende von Borgängen erwiesen haben, z. B. Ruhrerschädigungen, stets in einer Richtung gehen, die den Interessen der unbemittelten Volksklassen abträglich ist.

Die Weimarer Verfassung hat in mehreren grundlegenden Bestimmungen dem Reichstag die uneingeschränkte Ausübung des Budgetrechts gesichert. Ihre Bestimmungen sind durch zahlreiche Vorschriften der Reichshaushaltsordnung vom 31. Dezember 1922 im einzelnen ergänzt und ausgebaut worden. In den nötigen Nachmitteln zur Ausübung des Budgetrechts fehlt es dem Reichstag nicht. Die Frage ist, macht der Reichstag von diesen Nachmitteln vollen und rücksichtslosen Gebrauch?

Am 5. Januar, dem letzten nach der Reichshaushaltsordnung zulässigen Termin, hat der Reichsfinanzminister den Entwurf des Reichshaushaltsplans für 1927 dem Reichstag zur Beschlussfassung vorgelegt. Wie alljährlich, ist dem Entwurf ein kurzer „Ueberblick“ beigegeben. Diesen Ueberblick beginnt das Reichsfinanzministerium mit dem Ausdruck der Befriedigung darüber, daß

„seit langen Jahren zum erstenmal bei Aufstellung des neuen Etats der gefühlte festgelegte Haushaltsplan des Vorjahres vorlag. Der hierdurch bedingte Vorteil des Vergleichs der Einnahmen mit denen des Rechnungsjahres 1926 ist für die Reichsregierung, nicht minder für den Reichstag und den Reichsrat, aber auch für die Öffentlichkeit von größter Bedeutung.“

Die hier hervorgehobene rechtzeitige Verabschiedung des Etats 1926, die erste seit dem Jahre 1911, ist aus der Initiative und unter dem Druck der sozialdemokratischen Fraktion erfolgt. Die Fraktion wird auch in diesem Jahre ihren ganzen Einfluss aufbieten, wiederum die rechtzeitige Fertigstellung des Etats zu sichern, trotzdem durch die Regierungskrisis und die ausgedehnten Beratungen im Reichsrat große Verzögerungen entstanden sind.

Wann sind Ueberschreitungen der Ausgaben zulässig?

Aber selbst wenn es gelingen sollte, das Ziel der Verabschiedung des Etats vor dem 1. April zu erreichen und so die Verwaltung rechtzeitig an feste Etatsbeschlüsse zu binden, wäre es falsch, anzunehmen, daß damit das Budgetrecht des Reichstages gesichert ist. Bei den noch immer unsicheren Verhältnissen, in denen wir zu leben und zu arbeiten haben, und bei der Größe und Vielgestaltigkeit der Reichsverwaltung werden im Laufe des Etatsjahres immer Fälle eintreten, die die Verwaltung zwingen, Ausgaben zu leisten, die über die betreffenden Etatsansätze hinausgehen oder die im Etat überhaupt nicht vorgesehen sind. Für Fälle dieser Art, die als Haushaltsüberschreitungen und außerplanmäßige Ausgaben bezeichnet werden, sind in der Reichshaushaltsordnung zahlreiche, besonders eingehende Vorschriften gegeben. Sie gipfeln in den Bestimmungen, daß Abweichungen vom Haushaltsplan nur unter der Voraussetzung eines unabwiesbaren, die vorherige Einholung der Genehmigung der gesetzgebenden Körperschaften ausschließenden Bedürfnisses zulässig sind und einer verschärften Prüfung und zu diesem Zweck einer besonders eingehenden Begründung bedürfen. Diese ausführliche Begründung soll in der „Reichshaushaltsrechnung“ gegeben werden, die alsbald nach dem Abschluß des betreffenden Rechnungsjahres dem Reichstag zur Genehmigung bzw. Entlastung vorzulegen ist.

Seit wir stabile Verhältnisse haben, ist dem Reichstag erst einmal, Ende März 1926, eine Reichshaushaltsrechnung, und zwar die des Rechnungsjahres 1924 zu-

gegangen. Es geht aus ihr hervor, daß die tatsächlichen Einnahmen der allgemeinen Reichsverwaltung im Jahre 1924 den von der Regierung vorgelegten Voranschlag um 2,4 Milliarden, den vom Reichstag beschlossenen Haushaltsplan um 1,7 Milliarden überschritten haben,

während die Ausgaben mit 1,9 und 1,6 Milliarden über Voranschlag und Haushaltsplan hinausgehen.

Entfallen von diesem ungeheuren Mehrverbrauch auch 300 Millionen auf die im Rechnungsjahr 1924 erfolgten Besoldungserhöhungen und 558 Millionen auf die Ruhrentschädigungen, so verbleiben doch noch rund 700 Millionen auf Hunderte von einzelnen großen und kleineren Überschreitungen, über deren Notwendigkeiten die Regierung dem Reichstag genaue Rechenschaft zu legen hat.

Das Reichswehrministerium pfeift auf das Budgetrecht des Reichstags.

Eine solche genaue Rechenschaft ist indessen in dem 409 Seiten umfassenden Quartband nur in wenigen Fällen zu finden. Die meisten Ministerien, allen voran das Reichswehrministerium, glauben als „Begründung“ ganz allgemein gehaltene, inhaltsleere Redensarten geben zu können. Am beliebtesten ist die aus der Reichshaushaltsordnung übernommene Formulierung: „Es hat sich als unabwiesbares Bedürfnis erwiesen“, das und das zu tun. Mit solcher oder ähnlicher Begründung wird zum Beispiel mitgeteilt, daß es notwendig geworden sei, das Kraftfahrzeug überholen bzw. zu übersehen (Überschreitung 900 380 M.), dringende Mängel an Gebäuden zu beseitigen (Überschreitung 1 635 693 M.), Geräte und Wäsche für die Quartierausstattung anzuschaffen (Überschreitung 178 994 M.), die Kraftfahrzeuge stärker als vorgesehen in Anspruch zu nehmen (Überschreitung 29 716 Mark), mehr Freiwillige als vorgesehen zur Auswahl heranzuziehen (Überschreitung 76 995 M. bei einem Etatsansatz von nur 11 490 M.), auf dem Gebiete des Schiffs- und Maschinenbaues größere Versuche anzustellen (Überschreitung 642 804 M. gegenüber einem Etatsansatz von nur 96 610 M.) usw. Die Marineverwaltung hat sogar außerplanmäßig, d. h. völlig willkürlich, für 149 564 M. Gelände zur Vergrößerung eines Schießplatzes angekauft.

Wo bleibt die Kontrolle des Reichstags?

Um so prompter und eingehender hätte bei solchen „Begründungen“ die Kontrolle durch den Reichstag erfolgen müssen, denn die in der Reichshaushaltsordnung vorgesehene vorherige Genehmigung von Überschreitungen durch den Reichsfinanzminister und spätere Prüfung durch den Rechnungshof, welche Prüfung in erster Reihe sich auf die Rechtmäßigkeit der Zahlungen erstreckt, können natürlich in keiner Weise die Kontrolle des Parlaments ersetzen. Selbstverständlich kann das Plenum des Reichstages sich mit solcher Kon-

trolle im einzelnen nicht befassen, so wenig wie es, von Ausnahmen abgesehen, die Angemessenheit der einzelnen Etatsansätze prüft. Die vorbereitenden Arbeiten zur Ausübung des Budgetrechtes sind vielmehr zwei Ausschüssen zugewiesen, dem Haushalts- und dem Rechnungsausschuß. Ersterer hat den Entwurf der Haushaltspläne für das Plenum spruchreif zu machen, so daß das Plenum durch die Bewilligung der Einnahmen und Festsetzung der Ausgaben den Kurs bestimmen kann, den die Politik des Reichs zu nehmen hat. Der Rechnungsausschuß hat die tatsächlichen Ausgaben der Verwaltung in den einzelnen Rechnungsjahren auf ihre Notwendigkeit hin nachzuprüfen und durch seine Kontrolle etwaige Übergriffe der Verwaltung zu hindern. Beide Tätigkeitsgebiete sind voneinander nicht zu trennen. Es liegt auf der Hand, daß es nicht viel Zweck hat, im Haushaltsausschuß über irgendwelche Abstriche an Etatsansätzen erbittert zu streiten, wenn die betreffende Verwaltung sich sagen kann: Gut, dann werden wir über- oder außerplanmäßig tun, was wir für nötig halten und bis das Parlament nach Jahren dann davon erfährt, ist die Sache in der Mehrzahl der Fälle ausgestanden.

Die Praxis der Bürokratie, die sich herausgebildet hat, ist unhaltbar. Die Bürokratie pfeift auf das Budgetrecht des Reichstags. In langen und schwierigen Beratungen wird im Parlament der Haushaltsplan aufgestellt - aber die Bürokratie tut, was sie will. Dieser Zustand ist unhaltbar. Es geht nicht an, daß sich vor allem das Reichswehrministerium über den Voranschlag stellt hinwegsetzt und mit den Geldern der Steuerzahler schaftet und waltet nach eigenem Gutdünken.

Die Selbstherrlichkeit, mit der sich die Bürokratie über den Etat hinwegsetzt, ist von großer politischer Bedeutung. Sie gibt ihr nicht nur finanzielle Bewegungsfreiheit, sie stärkt auch die gegen das Parlament gerichteten reaktionären Tendenzen.

Der Willkür der Bürokratie und der Saumseligkeit in der Kontrolle muß ein Ende gemacht werden. Es muß verlangt werden, daß die Vorlegung und Nachprüfung der Haushaltsrechnungen mit äußerster Schnelligkeit erfolgt. Die Rechnungslegung über das Etatsjahr 1924 ist aber erst genau zwei Jahre nach Abschluß dieses Jahres dem Reichstag zugegangen, die Beratung im Rechnungsausschuß ist bis heute noch nicht begonnen worden. Dadurch, daß auf Verlangen des Reichstags im Entwurf des Haushaltsplans für 1927 die 31-Ausgaben der Jahre 1924 und 1925 angeführt werden mußten, ist nun wenigstens die Tatsache der ungeheuren Überschreitungen in 1924 weiteren Kreisen ersichtlich gemacht, allerdings ohne daß dadurch Klarheit über die Notwendigkeit der einzelnen Überschreitungen geschaffen ist. Die Frage drängt sich auf:

Wo bleibt der Rechnungsausschuß? Was wird er tun, um der in vielen Fällen jahrelangen, in anderen Fällen geschwindigen Verwendung von Reichsgeldern ein Ende zu machen und die verantwortlichen Personen zur Rechenschaft zu ziehen?

Chinesisches Ultimatum an England.

Forderungen der Chinesen von Hankau.

London, 7. Januar. Aus Hankau wird eine weitere Verschärfung der Lage gemeldet. Die englischen Truppen haben inzwischen im Einvernehmen mit den chinesischen Behörden die Stadt ohne Zwischenfall geräumt. Die Opposition gegen das jetzige Regime nimmt trotzdem unvermindert ihren Fortgang. Auf einer Konferenz von Arbeitern, Bauern, Kaufleuten, Studenten und Soldaten wurde z. B. ein Ultimatum formuliert, das dem britischen Generalkonsul mit dem Ersuchen um eine Antwort innerhalb 72 Stunden überreicht wurde. Im anderen Falle soll über die britische Konzession die Blockade verhängt und der Generalstreik proklamiert werden. Das Ultimatum fordert: 1. Bestrafung der bei dem Zusammenstoß mit den Chinesen in Aktion getretenen Marineregiments und deren Auslieferung an die Chinesen; 2. Zahlung einer Entschädigung an die verwundeten Chinesen; 3. Abschaffung der englischen Freiwilligen; 4. Zurückziehung der Kanonenboote aus Hankau; 5. Einreichung einer Entschuldigung an die Nationalisten; 6. Recht der Chinesen auf Abhaltung von Massenversammlungen innerhalb der britischen Konzession; 7. Entwaffnung der britischen Polizei; 8. Verlegung des Hauptquartiers der chinesischen Truppen in die britische Konzession.

Die Versammlung verlangte außerdem die Entsendung von Telegrammen nach allen Teilen der Welt, in denen die Engländer als geächtet hingestellt werden. Durch sorgfältige Demonstrationen,

die sich in erster Linie gegen die Engländer richteten, versucht man die Forderungen öffentlich zu unterstützen.

Der englische Stadtteil von Hankau geräumt.

London, 7. Januar. Nach Neuestmeldungen aus Hankau begannen Mittwochabend im Einvernehmen mit den chinesischen Behörden die britischen Freiwilligen die Stadt zu räumen. Von chinesischen Schutzmannschaften begleitete Postautomobile brachten die Freiwilligen bis zum Landungsplatz der britischen Kriegsschiffe. Die Räumung, die bis 2 Uhr früh dauerte, wurde ohne Zwischenfall beendet. Die Ordnung in der Stadt wird zurzeit durch chinesisches Militär aufrechterhalten.

Ein schwerer Schlag für England.

London, 7. Januar. (CP.) Die englischen Zeitungen stellen allgemein fest, daß die Uebergabe der Verwaltung der englischen Konzession in Hankau an die Chinesen einen schweren Schlag für das englische Ansehen im fernem Osten bedeute. In den englischen Kolonien von Schanghai und Peking herrsche ungeheure Erregung. Die Schanghai Kolonie bereite sich vor, die aus Hankau geflüchteten Frauen und Kinder der Engländer aufzunehmen. In den englischen Berichten wird allgemein zugegeben, daß die Chinesen sämtliche Mitglieder anderer Nationen unbehelligt lassen.

Loebellsche Behauptungen.

Sie haben kurze Beine.

Herr von Loebell legt die Stimmungsmache für den Bürgerblock fort und die Hugenberg-Presse unterstützt ihn. Loebell erklärt, es gebe keine Differenzen und Schwierigkeiten mehr in der Frage der äußeren Politik: „Kein Mensch denke mehr daran, die Verträge von Locarno umzustoßen.“

Kein Mensch? Wir lesen gleichzeitig in der „Deutschen Zeitung“ einen Aufsatz von Graf v. d. Schulenburg, in dem es heißt:

„Im Völkerbund können wir den neuen Kurs nicht einschlagen; das ist ein leichtes, schmales Gewässer, in dem sich überhaupt nicht manövrieren läßt, in dem wir eingeteilt so fahren müssen, wie es dem Völkerbund — in erster Linie Frankreich — paßt. Also heraus aus dieser Enge ins freie Meer deutschen Helden- und Wagemuts!“

Und haben wir nicht schon jetzt oder gerade jetzt bessere Ausichten außerhalb des Völkerbundes? Dann würde Frankreich im Gegensatz zu seinem jetzigen Verfahren uns vielleicht nicht als gleichberechtigt ansehen, aber uns als Gleichberechtigte zu behandeln sehr bald gezwungen sein.

Und da sollten wir fortfahren, uns an unseren bösen Dämon Frankreich, den einzigen, der uns wirklich ans Leder will, selbstmörderisch wegzumerzen?“

Immer noch ist die Erklärung der „Kreuz-Zeitung“, des Organs des Grafen Westarp, vom 28. November 1925 unwiderrufen:

„Wir erkennen nach wie vor die rechtlich bindende Kraft der Vorlage nicht an. Mit uns dürfte ein recht großer Teil des deutschen Volkes derselben Meinung sein. Nicht nur die Deutschnationalen und die Völkischen, sondern auch alle vaterländischen Verbände und die hinter ihnen stehenden Kreise halten diesen Standpunkt fest. Das kann für spätere Zeiten von großer Wichtigkeit sein... Je mehr die Zahl derer anschwillt, die die Freiheit des deutschen Volkes nicht aufs neue verkaufen wollen, desto mehr gewinnt es an Bedeutung, daß die nationale Opposition im Reichstage als die parteipolitische Vertretung der nationalen Kreise die rechtlich bindende Kraft der Vorlage nicht anerkennt.“

Im Gegenteil! Nach dem deutschnationalen Parteitag in Köln hat Graf Westarp ausdrücklich dementieren lassen, daß er gesagt habe, seine Partei stehe auf dem Boden der Verträge.

Herr von Loebell weiß auch nichts von sozialreaktionären Tendenzen. Man liest im „Lokal-Anzeiger“:

„Auch die Gegensätze unter den bürgerlichen Parteien auf dem Gebiete der Wirtschaft und der Sozialpolitik sind noch Ueberzeugung des Herrn von Loebell nicht so sehr groß, wie man dies geschildert in der Öffentlichkeit darstellte.“

Gleichzeitig schreibt der deutschnationalen Handlungsgehilfenführer Glagel in der „D.N.Z.“:

„Überall haben sich überdies die sozialen Spannungen zwischen Arbeitnehmergruppen und Unternehmer naturgemäß verstärkt. Die letzteren machen erneute Anstrengungen, die sogenannten „sozialen Errungenschaften“ abzubauen. Sie haben dadurch erreicht, daß in allen sozialen Fragen die Gewerkschaften aller politischen Richtungen vielfach in gemeinsame Verteidigungsfront gedrängt worden sind. Auf parlamentarischem Boden führte die wachsende Macht der Industrie zu einem verstärkten Druck auf die Rechtsparteien oder sogar zu Drohungen, wie sie in der Gründung der sogenannten „Staatspolitischen Vereinigung“ als einem Instrument zur besseren Beeinflussung der Politik der nichtsozialistischen Parteien ihren Ausdruck fanden.“

Darüber sieht Herr von Loebell hinweg. Wenn wir erst im Besitzbürgerblock sind, wird sich schon alles finden — das ist seine Parole.

Die Reichsfarben schuflos?

Ein Beamter beschimpft sie — sein Vorgesetzter will das Disziplinarverfahren einstellen!

Aus Lauenburg (Elbe) wird uns geschrieben:

Am 1. Mai des Jahres 1926 ereignete sich der hiesige Wegemeister Hank, ein Beamter des Lauenburgischen Landeskommunalverbandes, eine schwarz-rote Fahne, die aus dem Füllalgebäude der Kreisbank starrte, in dem er selber wohnte, einzuziehen und zu beschädigen. Der Vorfall rief in der gut republikanischen Bevölkerung unserer alten Elbstadt eine große Erregung hervor, die sich in einer Demonstration des Reichsbanners Luft machte.

In einem gerichtlichen Nachspiel erkannte der Einzlerichter, milde gestimmt, wie gewöhnlich, wenn es sich um Gegner der Republik handelt, auf eine Geldbuße von ganzen 100 M., die Hank auch bezahlte. Dem Strafverfahren schloß sich ein Disziplinarverfahren an. Zum Vertreter der Anklagebehörde wurde der lauenburgische Landyndikus, ein typischer Landrepublikaner, gemacht. Dieser tüchtige Gehaltsempfänger der Republik hat jetzt in einem wehleidigen Schriftsatz, der sich wie ein Plädoyer für den Angeklagten liest, die Einstellung des Verfahrens beantragt. Da er aber von dem Erfolg dieser Anregung offenbar nicht hinreichend überzeugt war, so hat er treuherrlich darum gebeten, für den Fall einer Weiterverfolgung der Angelegenheit einen anderen Staatsanwalt zu ernennen, da er sich zur Führung der Anklage außerstande sehe.

Der dem Syndikus vorgeordnete „republikanische“ Landrat, der schon des öfteren erbauliche Proben seiner „Loyalität“ gegenüber dem republikanischen Staate gab, hat diesem Schriftsatz einen Begleitbericht beigegeben, in dem er dringend empfiehlt, dem Antrag auf Einstellung des Verfahrens zu entsprechen. Mit einer Beurteilung durch das Disziplinargericht (dem Kreisaußenrat) sei nach seiner Meinung nicht zu rechnen, denn mit Ausnahme von ihm selber (!), der sich durch den ihm gewordenen Auftrag gebunden fühle (!), werde kein Mitglied für die Beurteilung sein!

Zum Glück ist der Regierungspräsident diesem eigenartigen Standpunkte eines Sachwalters des republikanischen Staates nicht beigetreten; er hat vielmehr die Fortführung des Verfahrens nach Ernennung eines nicht ganz so schlappstieligen Anklagevertreters empfohlen.

Die Entscheidung liegt nunmehr beim preußischen Innenminister, der es bei dieser Gelegenheit hoffentlich nicht verabsäumen wird, in die Geschäftsführung des Radeburger Landrats einmal näher hineinzuleuchten. Die Republik darf es nicht dulden, daß ihre erklärten Feinde in politisch wichtigen Ämtern sitzen.

Gnadenbrot der Justiz.

Warum Ruffmann Hilfsrichter wurde.

Vor einiger Zeit erregte es peinliches Aufsehen, daß Assessor Ruffmann, über dessen mangelnde sachliche und moralische Eignung seit seiner Vernehmung vor dem Landtagsausschuß ein Zweifel nicht mehr möglich ist, vom Gericht als Hilfsrichter in Aufwertungsachen beschäftigt wird. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags verlangte Aufklärung. Die Antwort des Justizministeriums liegt jetzt vor. Sie ist bezeichnend genug:

„Ruffmann hatte vor Ablauf seines bis zum 30. November vorigen Jahres gehenden Urlaubs seine Entlassung aus dem Justizdienst beantragt; sie wurde ihm verweigert, damit das gegen ihn schwebende Disziplinarverfahren weitergeführt werden konnte. Hierauf hat Ruffmann zur Ermöglichung seines Unterhalts um entgeltliche Beschäftigung bei Gericht. Da er nach Ablauf seines Urlaubs bei seinem Stammgericht, dem Amtsgericht Berlin-Tempelhof, so erklärt das Justizministerium, ohnehin hätte beschäftigt werden müssen, wurde ihm, um bei dem derzeitigen Mangel an Gerichtsassessoren seine Arbeitskraft voll auszunutzen, ein Beschäftigungsauftrag beim Amtsgericht Berlin-Pankow erteilt. Der Generallaatsanwalt beim Kammer-

gericht, der schon früher angewiesen wurde, die Frage der Amts-suspendierung Ruffmanns dauernd im Auge zu behalten, wird diese sofort beantragen, sobald die Ergebnisse der Ermittlungen in dem anhängigen Disziplinarverfahren einen Erfolg dieses Antrags versprechen.“

Ueber Ruffmann ist kein Wort zu verlieren. Er ist erledigt und wird von seinen eigenen Kreisen preisgegeben. Das Justizministerium bewilligt ihm ein Gnadenbrot. Unverdient. Seine Verwendung ist eine schwere moralische Belastung und eine sachliche Gefahr für die Justiz.

Kuddelmuddel.

Das Ergebnis der völkischen Studentenschaft.

Der völkische Vorstand der Rahmenorganisation der deutschen Studentenschaften hat die Studentenschaft Heidelberg ausgeschlossen, weil sie sich zu den demokratischen Grundforderungen der Weimarer Verfassung bekennt. Die Freiburger, die gleichfalls den völkischen Terror des Gesamtverbandes ablehnen, sind dem zuvor gekommen. Sie haben, wie jetzt bekannt wird, Anfang Dezember einstimmig beschlossen, die Beitragszahlung an die deutsche Studentenschaft einzustellen. Ausschluß in Heidelberg, Austritt in Freiburg — der völkische Vorstand der deutschen Studentenschaft hat auch unter den Studenten selbst aufgehört, als solcher zu gelten. Es wird Zeit, mit dieser Wirtschafft, die das Chaos schafft, aufzuräumen.

„Das Protektorat vollzogen.“

Amerika bleibt beim imperialistischen Kurs.

New York, 7. Januar. (Z.L.) Die nach Nicaragua entsandten Flottenstreitkräfte setzen sich aus 15 Kriegsschiffen mit 4500 Mann Marinetruppen zusammen. Admiral Batimer erhielt aus Washington den Befehl, jedes Mittel zur Unterbindung der mexikanischen Truppentransporte an Sococa anzuwenden. Batimer soll landen, wann und wo er es für richtig hält.

Im Laufe des gestrigen Tages besprach Coolidge mit Kellogg und Wilson die gegenwärtige Lage. Als Ergebnis dieser Besprechung ist festzustellen, daß die Vereinigten Staaten auf keinen Fall gewillt sind, ihre Politik gegenüber Mittelamerika zu ändern. Diaz soll weitestgehend unterstützt, Sococa dagegen mit allen Mitteln niedergelämpft werden. Nach der Besprechung erklärte Kellogg, daß die mittelamerikanische Revolution mit den amerikanischen Interessen im Widerspruch stehe und daher (!) bekämpft werden müsse.

Die Senatsopposition hält an ihrem Standpunkt in dieser Frage unverändert fest. Borah hat Kellogg mitgeteilt, daß der Senatsausschuß für Auswärtiges bereit sei, ihn anzuhören. Kellogg gab jedoch eine ausweichende Antwort, indem er erklärte, vor Ende nächster Woche keine Zeit zu haben. Die wahren Ziele Amerikas sind aus folgender aus Regierungskreisen stammenden Äußerung erkennbar: „Das Protektorat über Nicaragua ist vollzogen.“

Nach Meldungen aus Mexico-City hat die mexikanische Regierung sich eingehend mit der Lage beschäftigt. Anschließend fand eine Besprechung zwischen Calles und dem Generallaatsanwalt Ortega über die Delikte statt. Ortega beschäftigt zunächst, einzelne Fälle zu überprüfen und dann eine Entscheidung herbeizuführen. Vor der endgültigen Beschlußnahme soll aber den amerikanischen Gesellschaften Zeit zur Einlegung einer Vertufung gelassen werden.

Die Zünfte des Faschismus.

Das Handwerk hat 31 verschiedene Arten.

Rom, 7. Januar. (Z.L.) Am Donnerstag erfolgte endgültig die Eingliederung des italienischen Kunsthandwerks und des italienischen Handwerks in die faschistischen Gewerkschaften. Das italienische Kunsthandwerk gliedert sich in 32 Arten, deren erste die Antiquare und deren zweihundertfünfzig die Zuschneidermeister und Musterzeichner bilden. Das Handwerk gliedert sich in 31 Arten, von denen die letzte das Anstreichergewerbe bildet.

Der Tanz ums goldene Kalb.

Von H. Hesse, New York.

Die Geschichte unserer Zeit ist um eine Komödie menschlicher Irrungen reicher. Der Tanz ums goldene Kalb — in Amerika schon mehr ein Rammul, das von den Yankee rasend umjagt wird! — hat wieder einmal ein Opfer gefordert.

Amerika schwärmt von jeher für die Kunst — des Geldmachens! Sich bereichern, sich bereichern um jeden Preis — das ist noch heute die Lösung. Das Geld kauft alles: Ehre und Ansehen, Freuden und Genüsse. Alles entschuldigt das Geld: Unwissenheit und Mangel an Bildung. Und alles deckt es zu: alle dunklen Punkte der Vergangenheit. Wie es jemand an sich gebracht, danach fragt niemand.

Lebte da in Los Angeles, der Stadt der Engel, eine gewisse Frau McPherson. Mit einer Theologie und mit Methoden, die denen der Heilsarmee gleichen, hatte diese sechsundsechzigjährige, recht ansehnliche Person eine große Gemeinde um sich gesammelt, der sie im Angelustempel predigte. Wie eine heilige wurde sie von ihren Schülern inbrünstig verehrt.

War es da ein Wunder, daß der Teufel ein Auge auf sie warf? Es sollte sich bald eine possende Gelegenheit bieten. Nur wenige Meilen von der Stadt nimmt unsere Evangelistin ein Bad — und ist verschollen. War sie ertrunken? Das Meer gibt ihren Leichnam nicht her, obwohl zwei Taucher den Strand absuchen. Hatte man sie entführt? Ihre Gläubigen fanden eine bessere Erklärung: als heilige war sie aufgeföhren gen Himmel!

Da erhielt die Mutter der Predigerin einen Brief aus San Francisco, in dem für die Freigabe ihrer Tochter ein Lösegeld von einer halben Million Dollar verlangt wurde! Man hatte sie entführt! In einer abgelegenen Hütte an der Grenze Mexikos wurde sie gefangen gehalten! Nun wuchs die Aufregung ins Ungemessene. Staats- und städtische Beamte, Gläubige und Gottesleugner — alle machte sich auf die Suche nach der einsamen Hütte. Wie, wenn ihre Entführer sie gar ums Leben brachten?

Aber auch von der Hütte war keine Spur zu entdecken.

Obwohl die Komödie nach allen Regeln weiblicher List und Verschlagenheit aufgebaut war, klappte die Rede an einer Stelle nicht, wie es ja bei den besten Theaterstücken auch vorkommt. Der Erlösungsfonds wollte nicht wachsen — der Teufel hatte Hand und Fuß bei dem Spiel. Es blieb der Evangelistin somit nichts anderes übrig, als den strategischen Rückzug anzutreten und zu erklären: die Trauben sind mir zu sauer!

So tauchte sie denn nach einigen Wochen plötzlich in Douglas im Staate Arizona wieder auf. Angeblich war sie ihren Entführern entlaufen, indem sie ihre Fesseln an der scharfen Kante von Konservendosen durchrieb und durchs Fenster kletterte. Sie berichtete, daß sie von einem Manne und einer Frau vom Badefronde zu einem wartenden Auto geholt wurde, um für ein sterbendes Kind zu bein-

stlich hatte man ihr jedoch etwas Rasses wie einen Schwamm vor das Gesicht gehalten und sie in das Auto gestochen. Sie erwachte an einem fremden Orte im Bett. Dann ging es eine ganze Nacht und einen Tag im Auto zu der einsamen Hütte an der Grenze Mexikos, aus der sie nun glücklich entflohen.

Ein prächtiges Wandbild, nicht wahr? Viel schöner, als sie in Hollywood gekurbelt werden. Aber wo so viele Erzeugnisse des Kinos, hatte auch dieser Film seine Schwächen. Der Evangelistin spielte ein böser Geist einen Substreich, indem er den Leuten Flühe ins Ohr legte. Im ganzen Lande begann es zu rumoren. Und über Nacht plagte schließlich die Bombe: die Evangelistin hatte sich von ihrem Verehrer, dem Rabiomage des Tempels, entführen lassen, jedoch nicht in eine Hütte nach Mexiko, sondern in ein Landhäuschen nach Carmel am Meer, um hier in trauter Zweisamkeit neue Fütterwachen zu erleben.

Nun erschien auch der Staatsanwalt auf der Bildfläche und erklärte: „Das Gesetz ist verletzt! Die Missetat muß gerochen werden!“

Und er klagte die Evangelistin an, sie habe durch diese Komödie eine halbe Million von ihrer Gemeinde erschwindeln wollen, um dann mit ihrem Liebhaber zu verschwinden und das astetische Leben einer Heiligen mit einem weltlichen Lebenswandel zu vertauschen.

Zum Glück war die Evangelistin nicht von allen guten Geistern verlassen. Die himmlischen Heerscharen kamen ihr zu Hilfe, und es geschahen Zeichen und Wunder. Die Hütte bei Agua Prieta ist spurlos vom Erdboden verschwunden. Die Strapazen der langen Wanderung durch die Wüste, ohne Wasser und ohne Schatten, hat auf die Evangelistin nicht die geringsten physiologischen Wirkungen gehabt. Das erklärte sie damit, Kanadlerin zu sein, und in Kanada gibt es das Wort „unmöglich“ nicht.

Natürlich muß im Kampfe des Guten mit dem Bösen die Tugend siegen, so will es ein ethisches Gesetz. Und deshalb führten die guten Geister zulezt einen Meisterstreich gegen die ganze Satansgesellschaft: aus den Akten des Staatsanwalts verschwand das Schreiben der Entführer, in dem sie von der Mutter der Evangelistin eine halbe Million verlangten. Da steht er machtlos vis-a-vis, der Staatsanwalt!

So gewährt auch dieser Prozeß tiefe Einblicke in die sozialen Zustände Amerikas mit ihrem Tanz ums goldene Kalb.

Der elektrifizierte Volkshaushalt für 90 Pf. wöchlich. Für diesen Betrag ist es in Norwegen einer kleinen Familie möglich, zwei Zimmer mit elektrischen Speisegeräten zu heizen, elektrisch zu kochen, durch einen Boiler ständig heißes Wasser zum Waschen, Baden und für den Haushalt zur Verfügung zu haben, einen Küchen- und Nähmaschinenmotor sowie ein Bügeleisen anzuschließen und an zehn Brennstellen Glühlampen installiert zu haben. Das klingt beinahe wie ein Märchen — die Erfüllung des Ideals, für welches wir immer kämpfen, daß „Licht und Kraft bis in die letzte Hütte dringe“. Die außerordentlich günstig ausgebauten norwegischen Wasserkräfte ermöglichen es, den Strom für eine Pauschale von

150 M. pro Jahr und Kilowatt Anschlußwert an den Kleinverbraucher zu liefern. Durch geschickte, abwechselnde Ausnutzung des Tag- und Nachtstromes für die verschiedenen Zwecke können nun alle diese Anlagen mit einem Anschlußwert von nur 2 Kilowatt betrieben werden, so daß die verbrauchte Kilowattstunde auf etwa 2 Pf. zu stehen kommt. Dementsprechend ist der Stromverbrauch in Norwegen pro Einwohner auch am größten auf der Erde, nämlich 815 Kilowattstunden pro Jahr, abgesehen von der Schweiz mit 1100 Kilowattstunden. (Infolge des großen Stromverbrauchs der elektrifizierten Bahnen.)

Eine Ausstellung bemalter Frauenbeine. In Barcelona soll in kurzem eine Ausstellung bemalter Frauenbeine eröffnet werden. Mit den Beinen werden natürlich auch die dazugehörigen Frauen sich ausstellen lassen. Nach den Ausstellungsvorschriften darf jede Frau sich ihre beiden Beine nach eigenem Gutdünken bemalen lassen, das rechte Bein zum Beispiel tubistisch, das linke impressionistisch, das eine rot, das andere grün usw. Die Maler von Barcelona zahlen klingende Münze für geeignete Modelle, die bereit sind, sich ihre Waden, Knöchel und Beine mit mehr oder minder schönen Farbentönen verzieren zu lassen. Die große Nachfrage hat bereits auf dem Modellmarkt zu einer Hausse geführt, so daß Zugang von Beinmodellen aus anderen Städten sehr erwünscht ist. Die Maler sind auch auf der Suche nach widerstandsfähigen Farben, um zu verhindern, daß die Farben beim ersten Fußbad wieder verschwinden. — In der Südee und wo anders hat man das Problem durch Tätowieren schon besser gelöst; freilich kann man diesen Körper-schmuck dann nicht mehr der Mode anpassen.

Eine dem Tode geweihte deutsche Mundart. Die ostriische Mundart wird nur noch von wenigen 80- bis 90jährigen Frauen und Männern gesprochen und scheint mit Ableben dieser Wenigen auch selbst dem Tode geweiht zu sein. Die letzten ostriischen Sprachinseln befinden sich auf Sglt und Wangeroog. An beiden Stellen sind jetzt Sprachproben mit einem Lautapparat aufgenommen worden.

Der Bayernprotekt gegen den „Kreuzzug des Weibes“ zurückgewiesen. Die Film-Oberprüfstelle hatte sich am Mittwoch mit dem bayerischen Antrage auf Widerruf der Zulassung des Films „Kreuzzug des Weibes“ für das ganze Reich zu beschließen. Der Vertreter der bayerischen Staatsregierung versuchte den Widerruf der Zulassung durch Hinweis auf die durch den Film angeblich begründete Gefährdung der öffentlichen Ordnung herbeizuführen, weil der Film geeignet sei, die Rechtspflege und den Verzehtand herabzumwürden. Die Film-Oberprüfstelle wies den Widerrufsantrag zurück und hielt die Zulassung des Films ohne Ausschnitte aufrecht.

Wellssyl-Vorträge im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Potsdamer Str. 126. Prof. Hermann Wellssyl, Mitbegründer des Instituts, 8 Uhr, die Reihe der Wellssyl-Vorträge mit einem öffentlichen Vortrag über „Die geistige Welt Wellssyls“.

Das deutsche Bühnenjahr 1927, herausgegeben von der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger, ist mit gewohnter Vortrefflichkeit erschienen und bietet, wie alle Jahre, die Uebersicht über sämtliche deutsche Theater und ihre Mitglieder. In der Jahreschronik werden die Uebersichten 1925/26 aufgeführt. Weitere Ausgaben erhöhen die Beachtbarkeit des Jahrbuches.

„Proletarische Souveränität“.

Was ist ein „Schiedsgerichtsvertrag?“ — fragt die „Rote Fahne“.

Wir stellen gestern fest: Die Sowjetunion hat den „Souveränitätsvertrag“, sie treibt eine dem kaiserlichen Deutschland ähnliche Politik, sie sabotiert den Schiedsgerichtsgedanken. Die „Rote Fahne“ sucht uns eines besseren zu belehren.

Sie gibt zu, daß die baltischen Staaten gern Schiedsverträge mit der Sowjetunion abschließen möchten und die Sowjetunion dies ablehnt. Sie begründet das wie folgt: „Durch die Ablehnung von Schiedsgerichtsverträgen mit kapitalistischen Staaten wehrt die Sowjetunion ihre proletarische Souveränität, wehrt den Versuch der Imperialisten ab, in ihre Angelegenheiten hineinzureden. Aus denselben Bedankengängen heraus hat die Sowjetunion auch stets den Beitritt zum Völkerbund abgelehnt.“

Damit gibt die „Rote Fahne“ zu, was wir behauptet haben. Die Sowjetunion ist im Souveränitätswahn befangen, in dem Gedanken nämlich, daß jeder Staat selbstherrlich, „souverän“, über Krieg und Frieden entscheiden darf, daß allein die Macht gilt, daß es keine internationale Moral und kein wirksames Völkerrecht geben soll. Alle europäischen Großmächte hatten bis zum Ausbruch des Weltkrieges diesen Souveränitätsvertrag; alle waren Feinde oder nur laue Freunde des internationalen Rechtsgedankens; alle hielten an ihrer Souveränität krampfhaft fest. Erst der Völkerbund schränkt diese Souveränität ein. Die Sowjetunion ist heute noch die einzige Großmacht, die sowohl den Völkerbund wie auch Schiedsgerichtsverträge ablehnt. Sie sagt, genau wie früher die souveränen Großmächte, „sie will sich in ihre Angelegenheiten nicht hineinreden lassen“. Aber es ist ein Mißverständnis oder ein Vorwand, zu behaupten, daß der Völkerbund in die Angelegenheiten seiner Mitglieder hineinredet. Der Völkerbund ist nur eine internationale, zwischenstaatliche Organisation. Er kümmert sich um die inneren Verhältnisse seiner Mitglieder grundsätzlich genau so wenig, wie die Sowjetunion sich um die Unterdrückung der Kommunisten in Italien kümmert.

Die „Rote Fahne“ wiederholt, warum die Sowjetunion keine Schiedsgerichtsverträge abschließt. Sie würde sich damit „im voraus der Entscheidung sogenannter unparteiischer Schiedsgerichtsorgane unterwerfen; unter der Maske der Unparteilichkeit würden aber solche Organe stets imperialistisch-kapitalistische Interessen verfolgen, da es keinen unparteiischen Schiedsrichter zwischen dem proletarischen Staat und seinen kapitalistischen Feinden geben kann“.

Hier werden nur die alten Argumente der Rechtspolitik wiederholt: Man könne keinen Schiedsrichter über sich anerkennen, man müsse seine Interessen selber wahren, es gäbe keine unparteiischen Schiedsrichter; das alles sind beliebige Argumente der Rechtspolitik des untergegangenen kaiserlichen Deutschlands. Die Sowjetunion versucht sie mit ihrer kommunistischen Phrasologie vergeblich zu verdrängen. Die Sowjetunion ist und bleibt ein Feind des internationalen Rechtsgedankens.

Wie zur Entschuldigung verweist die „Rote Fahne“ darauf, daß die „deutsche Regierung mit anderen kapitalistischen Regierungen auch keine eigentlichen Schiedsgerichtsverträge abschließen; alle politischen Fragen seien in diesen Verträgen von der Schiedsgerichtsbarkeit ausgenommen“. So enthält die „Rote Fahne“ nur ihre Unkenntnis internationaler Rechtsgedanken. Die von Deutschland bisher abgeschlossenen elf „Schieds- und Vergleichsverträge“, unterwerfen sämtliche Streitfragen einem Schiedsverfahren: Die Rechtsstreitigkeiten sowohl, die aus der Auslegung eines Vertrages entstehen, wie die politischen Streitigkeiten, die früher entweder überhaupt nicht oder nur durch den Gang der Waffen entschieden wurden. Die juristischen Streitigkeiten werden einem Gerichtsverfahren unterworfen, die politischen Streitigkeiten dem Vergleichsverfahren. Diese beiden Verfahren unterscheiden sich dadurch, daß das Gerichtsverfahren bindend entscheidet, während im Vergleichsverfahren nur Vorschläge für die Regelung des Streites gemacht werden. Die Sozialdemokratie hat stets gerügt, daß die deutschen Vergleichsverfahren keine endgültige Entscheidung versehen. Aber dieser offensichtliche Mangel der deutschen Schiedsverträge wird wenigstens zum Teil dadurch gemildert, daß der Völkerbund stets nach als zweite Instanz in Betracht kommt, wenn etwa die Vergleichsvorschläge nicht ausreichen sollten, um den Frieden zu erhalten.

Die „Rote Fahne“ behauptet schließlich, daß die Sowjetregierung „seit jeher prinzipiell erklärt hat, daß sie mit kapitalistischen Staaten keine Schiedsgerichtsverträge abschließen wird“. Was sagt die „Rote Fahne“ dazu, daß die Sowjetunion sich im Rotenwechsel zum Berliner Vertrag vom 24. April 1926 ausdrücklich bereit erklärt hat, „alsbald in Erwägung über den Abschluß eines allgemeinen Vertrages zur friedlichen Lösung der zwischen den beiden Teilen etwa entstehenden Konflikte einzutreten, wobei insbesondere die Möglichkeiten des schiedsgerichtlichen Verfahrens und des Vergleichsverfahrens berücksichtigt werden sollen“. Es ist zwar sehr peinlich, aber es ist so: Im deutsch-russischen Vertrag hat die Sowjetregierung grundsätzlich dem Abschluß eines Schiedsvertrages mit dem kapitalistischen Deutschland zugestimmt! Die „Rote Fahne“ kennt weder das Wesen der internationalen Schiedsverträge noch auch die Verträge ihrer lieben Sowjetunion!

Die sächsische Regierungsfrage.

Verhandlungen über eine verschleierte Rechtsregierung.

Die Missozialisten haben sich in Besprechungen mit den bürgerlichen Parteien einverstanden erklärt, eine Regierung der Mitte zu unterstützen, die mit den Stimmen der Deutschnationalen regieren soll. Ueber die Zusammensetzung der Regierung sollte gestern gesprochen werden. Diese Besprechungen sind ergebnislos verlaufen.

Die Missozialisten förderten nach übereinstimmenden Meldungen neben dem Ministerpräsidenten auch die Befragung des Innenministeriums und des Wirtschaftsministeriums. Die Mittelparteien erklärten diese Forderung der durch vier Abgeordnete im Parlament vertretenen Missozialisten als undiskutabel. In bürgerlichen Kreisen betrachtet man die Verhandlungen über eine Regierung der Mitte für gescheitert, falls die Missozialisten ihre Forderungen aufrechterhalten sollten.

Das Reichskabinett hat am Freitag Instruktionen für General Pawels und Geheimrat Forster für die Pariser Verhandlungen über die restlichen Entwaffnungsfragen festgelegt.

Eine neue Entwaffnungsnote der Bolschewikenkonferenz über die Restpunkte ist in Berlin eingegangen.

Englands Dank an Polen. Durch Vermittlung ihrer Gesandtschaft in Warschau hat die englische Regierung der polnischen für die Unterstützung ihren Dank ausdrücken lassen, die die polnischen Behörden durch Verfolgung des englischen Marktes mit Kohlen während des Bergarbeiterstreiks geleistet haben (1).

Der Moabiter Aktienstandal.

Die Geschäfte des flüchtigen Bankdirektors Kunert.

Das Geheimnis, das über der Person des in dem neuesten Fall des Moabiter Aktienstandals mit verwickelten Bankdirektors lag, ist jetzt gelüftet. Es handelt sich um den Bankdirektor Kunert von der Industrie- und Landwirtschaftsbank (Inlandbank), Schloßplatz 1.

Kunert war im Sommer 1925 in Haft genommen worden, weil er eines Betruges gegen das sogenannte Adelskonjunktium von Jizewitz, von Erdorf und von Carlowitz und Genossen beschuldigt wurde. Er hatte von dem Adelskonjunktium das Bureauhaus Börse und 24 andere Grundstücke der Sift G. m. b. H. erworben und holländische Pfandbriefe im Werte von mehreren Millionen holländische Gulden in Zahlung gegeben. Es stellte sich aber heraus, daß es sich um eine holländische Pfandbriefbank ganz obstrukten Charakters handelte und daß die Pfandbriefe wertlos waren. Daraufhin wurde gegen Kunert und Dr. Kann, dem Vermittler dieses Geschäfts, das Betrugsverfahren eingeleitet. Kunert wurde nach achtstägiger Haft zunächst gegen Kaution freigelassen, dann wurde er aber gänzlich außer Verfolgung gesetzt, da man ihm nicht nachweisen konnte, daß er von der Wertlosigkeit der Pfandbriefe überzeugt gewesen sei. Auch Dr. Kann wurde später aus den gleichen Gründen freigesprochen. Gegenwärtig schweben Millionenprozesse Kunerts gegen das Adelskonjunktium bei den Berliner Landgerichten.

Nach Einstellung eines Strafverfahrens wollte Kunert anscheinend in „vorläufiger“ Weise die Straftaten aus der Welt geschafft haben, bestimmend dabei war für ihn wohl auch ein dunkler Punkt in seiner Vergangenheit. Er hatte vergeblich versucht, seine Vorstrafe, die ihm in seiner jetzigen wirtschaftlichen Stellung an der Spitze großer Unternehmungen manche Schwierigkeiten bereite, durch Streichung aus dem Strafregister aus der Welt zu schaffen. Nachdem dies mißlungen war, scheint er

den Weg zu dem Moabiter Aktienkonjunktium gefunden zu haben. Durch Vermittlung des Bureauvorstehers Hübler aus dem Bureau des Rechtsanwalts Dr. Ludwig Meyer ist er mit Justizobersekretär Koffel in Verbindung getreten, und dieser hat die Aktien durch seinen Freund und Heilerbesser Justizinspektor Bahfle anfordern lassen und dann gegen entsprechende Zahlung, dem Bernehmen nach von 300 Mark, an Kunert ausgehändigt. Direktor Kunert befindet sich gegenwärtig in der Schweiz, es besteht aber die Vermutung, daß er, als die Aktienaffäre ins Rollen kam, seine Person rechtzeitig in Sicherheit gebracht hat. Gegen Bankdirektor Kunert hat Oberstaatsanwalt Binder Haftbefehl erlassen. Bureauvorsteher Hübler ist inzwischen ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Wie jetzt bekannt wird, hat Kunert aber auch sonst dunkle Geschäfte gemacht, die jetzt noch näher nachgeprüft werden dürften, um so mehr, als er längere Zeit mit dem angeblichen „Mitglied der Rheinlandkommission“, dem Hochkapler Teller, zusammengearbeitet hat. Der Zentralverband für das deutsche Bankiergewerbe hatte vor Kunert offiziell gewarnt, da dieser mit holländischen an sich wertlosen Pfandbriefen arbeitete und Kreditfuchende geschädigt hat. Kunert bot nämlich holländische Pfandbriefe an, die an der Amsterdamer Börse zwar zugelassen waren, deren Kursstand aber je nach den geschickten Manipulationen der Hintermänner bald in die Höhe schnellen, und dann ebenso schnell wieder sanken. Kunert hat den Kreditfuchenden diese Pfandbriefe dafür überlassen, daß sie ihm auf wertvolle Grundstücke die erstellten Hypotheken übertragen. Auch mit der Staatsbank hat Kunert einige Geschäfte zu machen verstanden. Ob es allerdings möglich sein wird, diese Dinge heute noch zu verfolgen, erscheint trotz der Anträge Geschädigter fraglich, da der Bankier sich im Ausland befindet und taum ausgeliefert werden dürfte.

Der Einheitstarif kommt.

Der Magistrat nahm in seiner heutigen Sitzung unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters zu den Vorschlägen über die Tarifvereinheitlichung der Berliner Verkehrsunternehmungen Stellung. Mit Rücksicht darauf, daß die Verkehrsdeputation ihre endgültige Entscheidung auf die nächste Woche vertagt hat und weil auch der Stadtkämmerer durch eine pflöbliche Erkrankung verhindert war, an der Beratung teilzunehmen, konnte nur eine erste Beratung stattfinden. Der Magistrat beschloß, die Umsteigerberechtigung auch auf den Omnibus auszudehnen und nachprüfen zu lassen, ob die von den Sachverständigen erwarteten Schwierigkeiten einer solchen Ausdehnung nicht durch Erhöhung des Umsteigerfahrscheinelpfandes für die Omnibusbenutzung auf 25 Pf. überwunden werden könnten. Der Magistrat stimmte weiter den organisatorischen Vorschlägen für die Vereinheitlichung zu und beauftragte dabei eine Nachprüfung der Bestimmungen des amerikanischen Anleihevertrages vor. Ebenso soll noch einmal untersucht werden, ob für die Hochbahn eine Garantie eines dauernd gleichen Erträgnisses wie im Jahre 1926 notwendig ist.

Raubüberfall auf einen Kraftfahrer.

Ein mißglücktes Wildweissfütchen.

Von Fahrgästen überfallen wurde gestern früh der 23 Jahre alte Chauffeur Blume aus Steglitz auf einer Fahrt nach Wannsee. In der Hauptstraße zu Schöneberg nahmen ihn kurz nach 4 Uhr zwei junge Männer an mit der Weisung, sie nach Wannsee zu bringen. Dort würden sie ihm Strafe und Hausnummer mitteilen. Ahnungslos ließ der Chauffeur die Fahrgäste einsteigen und fuhr die Hauptstraße entlang durch Steglitz und Lichterfelde nach Wannsee zu. Hinter der Eisenbahnüberführung liegen die Fahrgäste in den Nachenwagen einbiegen, der auf beiden Seiten von Wald eingefaßt und erst wenig bebaut ist. Plötzlich gaben sie vom Wagen aus das Zeichen zum Halten und stiegen aus. Während einer den Chauffeur zum Schein nach dem Fahrpreis fragte, sahte ihn der andere von hinten her an die Kehle und brachte ihm mehrere Kratzen an der Kehle bei. In diesem Augenblick zog der erste einen Trommelrevolver und verlangte von dem erschrockenen Führer die Herausgabe seines Geldes. Dem jungen Mann blieb angesichts der Uebermacht und der Drohung mit der Schußwaffe nichts anderes übrig, als sein Portemonnaie mit 25 R. auszuhändigen. Die Räuber vermuteten aber mehr bei ihm und rissen ihm das Jackett auf, um seine Taschen zu durchsuchen. Der eine holte dabei eine Handschnur aus der Tasche und schloß sie an dem Ueberfallenen die Hände auf dem Rücken zusammenzubinden. Er war damit noch nicht ganz fertig, als der andere sagte: „Es kommt ja jemand!“ Jetzt sah auch der Chauffeur einen Mann, in dem er später einen uniformierten Wächter erkannte, herantreten, riß sich los, entledigte sich der Fesseln und lief dem Ranne entgegen. Die Räuber, die des Autofahrens wohl nicht kundig waren, ließen jetzt den Wagen stehen, entkloßen und entkamen in den Wald hinein. Es sind junge Männer von etwa 25 Jahren, mittelgroß, schlant und bartlos, die beide dunkle weiche Hüte und dunkle Mäntel trugen. Der eine, der eine aufrechte Haltung hatte, sprach ein gutes Deutsch. Der Chauffeur fuhr nach seiner Garage zurück und machte sofort auf dem zuständigen Revier Anzeige. Die Nachforschungen blieben jedoch bisher erfolglos. Mitteilungen zur Aufklärung, die vertraulich behandelt werden, nimmt das Raubdezernat, Dienststelle A. 5, im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums entgegen. Der Wächter, der ermittelt wurde, beauftragte die Darstellung des Chauffeurs. Die zu der Feststellung benutzte Handschnur ist ganz neu und ohne Zweifel von den Räubern eigens zu ihrem verbrecherischen Zwecke gekauft worden.

Gefürte Knacker.

Geldscheinkleinbrecher stalteten in der vergangenen Nacht dem „Bormarts“-Haus in der Lindenstraße einen Besuch ab. Im Buchdruckereikonor hatten sie bereits die Fenster mit einem Teppich abgedeckt und ihr Sauerstoffgebläse angelehnt, um den Panzerstrahl aufzuschweißen, als sie gestört wurden. Sie ergriffen so eilig die Flucht, daß sie ihr Gebläse im Stich ließen. Als das benachrichtigte Ueberfallkommando und Beamte des 113. Reviers eintrafen, waren sie bereits verschwunden, wahrscheinlich über ein Dach hinweg und dann durch einen Ausgang, deren das große Grundstück mehrere nach verschiedenen Straßen besitzt. Mitteilungen zur Aufklärung an Kriminalkommissar Büniger, Dienststelle B. 6, im Polizeipräsidium.

Selbstmord der Filmschauspielerin Grete Lundt.

Aus Verzweiflung über ihre trostlose wirtschaftliche Lage hat die Filmschauspielerin Grete Lundt Selbstmord durch Einnahme von Morphium begangen. Frau Lundt gehörte früher zu den meistbeschäftigten Schauspielerinnen, sie spielte eine große Anzahl erstklassiger Filmrollen. Als Engagementslosigkeit eintrat, ergab sie sich dem Morphiumgenuss, dem sie schließlich ganz verfiel. Es ging ihr finanziell immer schlechter, so daß sie auch ihre Wohnung mitsamt der Einrichtung verkaufte. Auf einer Eisenbahnfahrt von Wien nach Berlin hat sie jetzt Selbstmord verübt. Die Künstlerin war 1892 in Utaorn geboren, ging 1914 zum Film und spielte später in Berlin bei Barnowski, Jidel, Weinhard und Bernauer

Magistrat und Mieterschutz.

Gegen die Durchföherung der Wohnungszwangswirtschaft wird der Berliner Magistrat von der sozialdemokratischen Stadiverordnetenfraktion in der folgenden Anfrage zur Abwehr aufgerufen:

„Durch die Verordnung der preussischen Wohlfahrtsministers, betr. Freigabe der Räume für gewerbliche Zwecke und Herausnahme derselben aus der Wohnungszwangswirtschaft ist in den Kreisen der in Frage kommenden Gewerbe- und Geschäftsräume berechtigter Unruhe eingetreten. Ist der Magistrat bereit, Auskunft zu geben, welche Schritte bisher unternommen wurden für den notwendigen Schutz von Wohnung und Existenz Berliner Bürger?“

25 Millionen für eine neue Schnellbahn.

Wie wir erfahren, hat sich am gestrigen Dienstag die städtische Finanz- und Steuerdeputation mit dem Bauprojekt für die Schnellbahnstrecke Alexanderplatz—Lichtenberg beschäftigt und beschlossen, die dafür nötigen Mittel im Betrage von 25 Millionen Mark im Wege einer Anleihe aufzubringen. In verkehrstechnischer Hinsicht wird das Projekt am Donnerstag in der städtischen Verkehrsdeputation durchberaten werden, die sich im übrigen in dieser Sitzung mit den gesamten zurzeit schwebenden Verkehrsproblemen Graf-Berlins beschäftigt wird. Es ist geplant, mit dem Bau der Strecke so schnell wie möglich zu beginnen.

Ein schweres Brandunglück ereignete sich heute vormittag gegen 10 Uhr in der Frobenstraße 14. In der vierten Etage des Vorderhauses hat die siebenjährige Privatstiege Anna Reumann eine mehrgimmerige Wohnung. Frau R., die in der Etage hantierte, kam einer auf dem Tisch stehenden brennenden Petroleumlampe zu nahe, die auf die Erde fiel und zerbrach. Die Kleider der Dreifünfsingerin zündeten, und in wenigen Sekunden stand sie ganz in Flammen. Auf die gellenden Hilferufe eilte ein Familienmitglied, das sich in einem Nebenzimmer aufhielt, herbei und suchte die Flammen zu ersticken. Inzwischen erschien die alarmierte Feuerwehr, die die Verunglückte in schwerverletztem Zustande in das Elisabeth-Krankenhaus schaffte. Das Befinden gibt zu Beforgnissen Anlaß. Das Feuer, das bereits auf einige Möbel übergegriffen hatte, konnte schnell gelöscht werden.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postauslage bei.

Der falsche Prinz verhaftet.

Röln, 7. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der falsche Hohenzollernprinz, Baron v. Korff, der mit seinem richtigen Namen Domela heißt, ist am Freitag morgen um 6 Uhr in Eustirchen bei Köln verhaftet worden. Domela, der sich einige Tage in Köln aufhielt und dabei zahlreiche Schwindtaten verübte, war im letzten Augenblick der Kölner Kriminalpolizei entkommen. Er hatte sich in Eustirchen beim französischen Werbebureau zur Fremdenlegation anwerben lassen und konnte, als er am Freitag früh um 6 Uhr mit einem Trupp anderer Legionäre nach Mainz transportiert werden sollte, von der Polizei im Bahnhof Eustirchen festgenommen werden. Bei seiner Vernehmung hat Domela die ihm zur Last gelegten Betrügereien eingestanden.

Dier Opfer einer Gasvergiftung. In Brünn sind in der vergangenen Nacht vier junge Leute beim gemeinsamen Baden in dem im Keller untergebrachten Badezimmer ihres Wohnhauses an Gasvergiftung gestorben. Das Unglück wurde offensichtlich durch unvorsichtiges Handhaben des Gasofens verursacht.

Sport.

Die Ausländer im Sechstagerrennen.

Kun ist Otto Petri, der ehemalige Treptower Flieger, nach jahrelangem Aufenthalt in Amerika, wieder in seiner Heimatstadt eingetroffen. In den gestrigen Spätnachmittagsstunden erwartete eine kleine Schar Radsporthegeisterer seine Ankunft auf dem Lehrter Bahnhof. Petri aber, in dessen Begleitung sich Mac Ramara befand, hatte den Anschluss in Hamburg verpaßt und traf erst in der neunten Abendstunde, begleitet von einem Begleiter, in Berlin ein. Daß der kleine Treptower Flieger von damals heute ein wichtiges, vielleicht ein gewichtiges Wort in der 18. Berliner 145-Stundenfahrt mitzusprechen haben wird, ist anzunehmen.

Die Riste der ausländischen Teilnehmer am 18. Berliner Sechstagerrennen ist jetzt abgeschlossen. Vor allen Dingen sind nimmere auch die Sieger des 17. Berliner Sechstagerrennens, Wambst-Lacquehan, verpflichtet worden. Die Franzosen hatten damals im Sportpalast sowohl wie in New York so überlegene Leistungen gezeigt, daß die Berliner Radsporthegeisterer ihr Wiedererschweinen sicherlich auf das Lebhafteste begrüßen wird. Auch ihr Landsmann Marcillac, der damals Zweite mit Junge, wird an den Abflug kommen. Die bereits gemeldeten Verhandlungen mit den Belgiern und zwar Cohens, Stodeland und dem Brüsseler Sieger Kieles, haben jetzt zum Abschluß des Engagements geführt. Zusammen mit Mac Ramara, Dagraeve, Thollembecke, van Kempen und Tononi wird die eiföppige und außerordentlich starke ausländische Streitmacht sicherlich eine erste Rolle im Rennen spielen und unseren deutschen Fahrern, vor allen Dingen Oskar Tieh, Junge und Koch werden alle Kräfte daran setzen müssen, um dem fremden Ansturm zu begegnen

Das Schupo-Idyll.

Aufhebung einer Polizeiwache in Stralau.

Folgende seltsame Geschichte wird uns zuverlässig aus Stralau berichtet:

In dem idyllischen Berliner Ortsteil Stralau ging es seit langer Zeit auch in der dort belegenen Polizeiwache idyllisch zu. Die ganze Gegend wachte längst, daß hier in den Abendstunden und zur Nachtzeit mit Damen aller Art jährtliche Feste abgehalten wurden. Man trank, spezialisierte und störte die Nachbarschaft in der Nachtruhe. Humorvolle Leute verglichen die Stralauer Polizeiwache mit dem fidelem Gefängnis aus der Fledermaus-Operette und amüsierten sich über die hier verkanteten Bestrebungen nach gutem Einvernehmen zwischen Polizei und Publikum. Auch der zuständige Reviervorstand konnte diese von ungetrübter Heiterkeit beeinflussten Zustände, so daß allein im vorigen Jahre 13 Schupolizeibeamte nach anderen Wachen versetzt wurden. Es fehlte aber an energischem Durchgreifen. Der größte Teil der Schuld lag wohl an den „Damen“, die sich bald auch den neu nach Stralau beorderten Wachmannschaften ausdrängten. Die Schupolizisten ließen den unmittelbaren Vorgesetzten oft erst in die abgeschlossene Wache hinein, nachdem die Weiber durch einen Hinterausgang entfernt waren. Wenn der Vorgesetzte fort war, ging das fidele Treiben von

neuem los. Schließlich rief einem höheren Polizeioffizier, der mit seiner Familie durch das Treiben ebenfalls schwer belästigt wurde, die Schuld. Er hielt es für seine Pflicht, Meldungen an höherer Stelle zu erstatten. Darauf hin hat der Polizeipräsident durch das Polizeiamt Friedrichshain beschlossen, die Stralauer Polizeiwache sofort aufzuheben. Die Räume sind dem Hauswirt bereits gekündigt worden. Den Bewohnern des abseits vom größeren Verkehr gelegenen Stralau erscheint dieser Beschluß übererle. Schnell zu erreichender polizeilicher Schutz ist auch hier eine Notwendigkeit. Man ist der Meinung, daß es unbedingt möglich sein müßte, den eingerissenen Zuständen, die allerdings unhaltbar geworden waren und den Spott der Bevölkerung hervorriefen, auf andere Art ein Ende zu bereiten.

Ungarische Küche ist nicht beliebt!

Mit Hinterlassung einer beträchtlichen Schuldenlast ist der letzte Inhaber des früheren bekannten Wiener Restaurants von Krzywanek in der Friedrichstr. 88 verstorben. Dieses Lokal wurde viele Jahre lang von dem bekannten Gastwirt Gustav Höltscher betrieben, führte eine sehr beliebte Wiener Küche und zählte zu ihren Stammgästen namentlich Künstler und Parla-

mentarier. Höltscher gab vor einiger Zeit den Betrieb auf, weil ihm die Pacht zu hoch und die Belastung durch Steuern usw. zu schwer waren. Die Pacht übernahm jetzt ein Ungar von Feldberg und ein Herr Fehberg. Der alte, sehr bekannte Name wurde in „Restaurant zum Brater“ umgewandelt. Von Feldberg, in dessen Händen die ganze Geschäftsführung lag, führte eine ungarische Küche ein, hatte aber damit kein Glück. Mit dem Auszug des alten Wirtes blieben auch die alten Gäste nach und nach weg. Die neuen Pächter zahlten bis zum 1. Januar vertragsmäßig keine Miete. Jetzt wurde aber die erste Miete fällig. Dazu hatten noch Lieferanten aller Art beträchtliche Forderungen. Von Feldberg vertritt alle auf den Anfang des neuen Jahres, verschwand aber mit den Einnahmen der letzten Zeit, als die Gläubiger sich jetzt wieder melden, ohne Wissen seines Mitpächters, der von dem Stande der Dinge nicht unterrichtet war. Die Enttäuschten machen Anzeige, und die Kriminalpolizei sucht jetzt den Fälligen, der sich wahrscheinlich nach Ungarn gewandt hat. Wie hoch die Schuldenlast ist, steht noch nicht fest. Den Betrieb wollen die Gläubiger aufrechterhalten.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Seeger; Wirtschaft: G. Klingelböter; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Götter; Familien: Dr. John Schillmann; Lokales und Sonstiges: Fritz Kerkhoff; Angelegen: H. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SO 6, Lindenstraße 2. 512/21 1. Auflage.

GROSSER AUSVERKAUF IN FAST ALLEN ABTEILUNGEN!

Grosse Posten Porzellan, Steingut enorm billig!
Glas, Wirtschaftartikel

Wasch-garnituren von 1⁹⁵ an

Küchen-garnituren, Steingut 6⁷⁵ an

Kaffee-service 3⁹⁵ an

Porzellan
welch, mit kleinen Fehlern

Speiseteller 35, 28 Pt.

Abendbrotteller 18 Pt.

Kompotteller 10 Pt.

Terrinen 1⁹⁰ 2⁷⁵ 3²⁵

Saucieren 65, 75, 95 Pt.

Bratenplatten oval... von 28 an

Porzellan
moderne Form, mit Melssner Streubildern

Kaffeekannen 1⁴⁵ 1⁶⁵ 1⁹⁵

Teekannen 1²⁵ 1⁷⁵

Zuckerdosen 45, 55 Pt.

Milchtöpfe 28, 38, 40 Pt.

Tassen 32 Pt.

Abendbrotteller 28 Pt.

Tassen 25 Pt.

Tafel-service 6⁹⁵ an

Butter-, Schmalz-, Wurst-, Eier-kasten 95 Pt.

Steingutwaren

Steingutteller glatt 10, 12 Pt.

Steingutteller gerippt 12, 15 Pt.

Steingutteller bunt 15, 18 Pt.

Satz Salatieren 95 Pt. 1⁴⁵

Satz Salatieren bunt 1³⁵ 1⁸⁵

Waschbecken 75 Pt. 1⁴⁵

Kannenuntersätze 38 Pt.

Bier- oder Teebecher 18 Pt.

Kristallrömer 2⁴⁵

Servierbretter 55, 65, 90 Pt. 1⁹⁰

Fussbänke mit gedrehten Fasern 85 Pt.

Kaffeesevice 1⁹⁵

Abendbrotteller 28 Pt.

Käse- oder Butterglocken 95 Pt.

Quirigarnituren komplett 90 Pt.

Spülbürstenbretter weiss lackiert 95 Pt.

Glaswaren
Pressglas, mit Schleuderstern

Aufsatz 2⁷⁵

Jardinieren gross 1⁴⁵

Kuchenteller gross 1⁴⁵

Salatieren 28, 38, 58, 75 Pt.

Kompotteller 15, 18 Pt.

Vasen 75 Pt.

Kohlenschaufeln 18 Pt. 25 Pt.

Ofenvorsetzer 80 Pt. 95 Pt.

Mehl- und Mehlmisten 25 Pt.

Holzmörser 15 Pt.

Emaillwaren

Kasserollen 20, 40, 45, 65 Pt.

Schmortöpfe 45, 60, 75, 90 Pt.

Wasserkessel 90 Pt. 1¹⁰ 1³⁵

Waschbecken mit Seifnapf 90 Pt.

Wassereimer 28 cm 85 Pt.

Mülleimer mit Deckel 1⁹⁰ 2⁴⁵

Nickel u. Stahl

Kaffeekannenuntersätze m. dekor. Stiel 85 Pt.

Tortenplatten bunte Einlage 2⁹⁵

Ovale Tablett mit dekorierter Steingutunterlage 90 Pt. 1²⁵

Alpaka-Teelöffel 20, 30 Pt.

Ein Posten Sortenschaufeln 75 Pt.

Ein Posten Scheren 35, 45 Pt.

Bürstenwaren

Schrubber 25, 45, 50 Pt.

Scheuerbürsten 10, 25, 35 Pt.

Toilettenbürsten 45, 60 Pt.

Rosshaarbesen 90 Pt. 1⁶⁵

Kopfbürsten sortiert 45, 95 Pt.

Glanzbürsten 45, 85 Pt.

Leibwärmer 60 Pt. 75 Pt.

Wärmeflaschen 95 Pt. 1⁴⁵

Ofenheizröhre 85 Pt.

Verstärkte Wassereimer 85 Pt.

Decken

Steppdecken doppelt Handarb. Gr. 150/200 16⁵⁰

Steppdecken mit bunten Einsätzen, Gr. 150/200 11⁷⁵

Dwanndecken gute Qualität, grosse Muster 9⁵⁰

Tischdecken in gleicher Ausführung, früher 9,75, jetzt 6²⁵

Bettdecken einseitig, volle Größe 2²⁵ 4⁷⁵ 5⁹⁰ | zweiseitig, versch. Ausführ. 5⁵⁰ 8²⁵ 10⁵⁰

Grosse Posten Teppiche

Pa. Wollperser ca. 60/120 90/180 150/250 200/300 250/350 300/400

Prima Velours ca. 10/11/0 130/200 170/210 200/250 250/300

Prima Bouclé ca. 10/120 150/200 170/240 200/280 250/350 300/400

Gardinen

Etamin-Halbstores m. reich. Einsatz 90 Pt. 1²⁵ 1⁹⁵

Etamin-Garnituren 3 teilig 1⁹⁵ 4⁹⁰ 6⁷⁵

Quer-behang-Etamin sehr gute Ware, mit Volant oder Spitze... Mtr. 90 Pt.

Kongressstoff starke Qualität... Mtr. 45 Pt.

Mull doppeltbreit 90 Pt.

Sortierung unseres Inventur-Verkaufs in fast allen Abteilungen!

HERMANN TIETZ Frankfurter Allee Gr. Frankfurter Str.

Die „leichte“ Textilarbeit.

Mit der man die Röhre drücken will.

Alles Dumme ist langweilig, vieles sogar unsterblich. Zum langweiligen, anscheinend unausrottbar Unsinns gehört auch die Redensart, daß die Textilarbeit eine „leichte Arbeit“ sei.

Nichts ist irriger als diese Auffassung. Die Textilarbeit ist nicht leicht. Die Feinheit der Arbeit erfordert von den Facharbeitern viel Verständnis und einen hoch entwickelten eigenen Sinn für seine Aufgaben.

Die Techniker im Staatsleben.

Mittels große Bescheidenheit.

Von einem Ingenieur wird uns geschrieben:

Die deutschen Techniker aller Sparten bestreben sich einer außerordentlichen Zurückhaltung in Fragen des öffentlichen Lebens. Noch ängstlicher sind sie, wenn es das Wohl und Wehe ihrer eigenen Person oder Familie betrifft.

Es gibt kein Haus ohne Architekten, keinen Verkehr ohne Techniker, fast kein Nahrungsmittel ohne Chemiker, keine Kleidung, keine Wärme, kein Licht ohne den technischen Kopf.

Woraus erklärt sich dies Verhalten vor der Öffentlichkeit? Woher erklärt es sich, daß fast kein Techniker die Errungenschaften, seien es eigene oder solche seiner Kollegen, genießen kann?

Die Gründe für die sozialen Verhältnisse sind mannigfaltig. Der erste und Hauptgrund ist: Die Techniker haben noch nicht genügend erkannt, zu welchem Lager sie in der großen Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit gehören.

Ein großer Teil aller Techniker fühlt sich Kraft seiner Mittelstellung zwischen Arbeiter und Unternehmer als zum Unter-

nehmer zugehörig, deren ausführende Kraft er ist und dessen Interesse er zu vertreten habe. Nichts ist falscher als eine solche Anschauung. Ohne Ausnahme, alle Obergenieure und Prokuristen eingeschlossen, dienen sie nur als Werkzeuge der herrschenden Klasse.

Die Techniker haben heute die größte Erwerbslosigkeit von allen Berufen. Auf 100 offene Stellen bei den öffentlichen Arbeitsnachweissen kamen im Februar 1925 im Durchschnitt 553, im Oktober 541 Stellungsuchende.

Über auch die Gehaltsfragen sind problematischer Natur. Von den im Butab erfaßten Technikern bewegten sich die Gehälter Ende 1925 in den einzelnen Industriegruppen wie folgt:

Table with 2 columns: Fachgruppe Industrie, Gehälter. Includes categories like Bauwesen, Bergbau, etc.

Dazu ist zu sagen, daß die hohen Summen nur an etwa einem Drittel der statistisch erfaßten Angestellten zur Auszahlung gelangen. Die übrigen zwei Drittel mußten sich mit ungefähr 140 bis 200 M. pro Monat abfinden.

Die erste Notwendigkeit für den Techniker, um sein Selbstbewußtsein wieder zu erlangen, ist, sich sofort zu organisieren in der entsprechenden Kampfgesellschaft. Diese ist für die Techniker der Bund der Angestellten und Beamten (Butab).

Als zweites muß sich der Techniker politisch an die Seite der Arbeiterklasse stellen. Er muß sich im öffentlichen Leben betätigen, Hand in Hand mit der Arbeiterschaft in der Sozialdemokratie kämpfen.

Ein Landrat von altem Schrot und Korn.

Die soziale Richtung paßt ihm nicht.

Wie durch eine verständnislose Bureaucratie der so dringend notwendige Ausbau der Arbeitsnachweise hintertrieben wird, dafür liefert ein Schreiben des Landrats Dr. Swart in Landsberg a. d. W., das zu einer Verfügung des Regierungspräsidenten über die Verbesserung der Arbeitsvermittlung Stellung nimmt, einen drastischen Beweis.

1. Die Einrichtung der Arbeitsnachweise und die Erledigung der den Arbeitsnachweisen gesetzlich obliegenden Aufgaben ist eine Angelegenheit der kommunalen Selbstverwaltung.

2. Im übrigen verkennt sowohl der Herr Landesdirektor wie der Regierungspräsident den Umfang der nach dem Arbeitsnachweisgesetz zu leistenden Aufgaben. Arbeitsnachweise sind zu dem Zwecke errichtet worden, um arbeitslosen Personen die Gewinnung von Arbeitsmöglichkeiten zu erleichtern.

vermittlung Konkurrenz zu machen (!) und nach Art eines kaufmännischen Unternehmers „Werber“ in die einzelnen Bezirke hinauszuschicken und für die amtlichen Arbeitsnachweise die Reklamierrolle zu spielen.

Reichsarbeitsministerium, Gewerkschaften, alle Welt ist sich darüber im Klaren, daß die Arbeitsnachweise, wenn sie etwas erreichen wollen, sich nicht nur als „Behörde“ fühlen dürfen, sondern selbst möglichst viel Initiative entwickeln müssen.

Achtstundentag und Freiseurgetriebe.

Die letzte Mitgliederversammlung des Arbeitnehmerverbandes des Friseur- und Haargewerbes befachte sich eingehend mit den Bestrebungen einzelner Meisterorganisationen auf Verlängerung der Arbeitszeit und damit auch der Arbeitszeit der Gehilfen und Lehrlinge. Der Vorsitzende Liere berichtete über die vorliegenden Beschlüsse der betreffenden Meistervereinigungen.

Statt dessen versucht der Interessenverein der selbständigen Friseure und der Verband der Hotelfriseure die Wiederabstufung der Sonntagsruhe zu betreiben.

Rach eingehender Diskussion, in der die Ausführungen des Referenten noch ergänzt wurden, gelangte die folgende Entscheidung zu einstimmiger Annahme:

Die am 5. Januar in Haverlands Festsaal verammelten Friseur- und Gehilfen erklären sich mit der Forderung des ADB, nach einem Rotagesen für den Achtstundentag und einem Verbot aller Überstunden einverstanden.

Zum Schluß wurde noch auf den Besuch des Modedebats der Fachabteilung am Sonntag, den 9. Januar, hingewiesen.

Rationalisierungsträume.

(ADB) Ein amerikanischer Großindustrieller hat ausgerechnet, daß 22 Proz. (d. h. etwa 3 Milliarden Dollar) der Arbeitslöhne der Fabriken der Vereinigten Staaten für den Transport resp. die Handhabung von Arbeitsmaterial ausgegeben werden.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten H.-G. Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Inventory - Ausverkauf bei SINGER

Stadtbekannt seit ca. 40 Jahren

Zum Selbstausuchen. Volle-Stoffe, Wasch-Musselne, Crêpe-Stoffe, Einfarb-Kleiderstoffe. Includes prices and descriptions.

Damen-Kleidung. Damen-Blusen, Elegante Pullover, Damen-Winter-Mäntel, Reinwoll. Damenkleider. Includes prices and descriptions.

Kleiderstoffe. Waschmusselne, Voile, Frottéstoffe, Waschseide, Crêpe Marocain, Reinw. Musselne, Reinwollene Karos, Reinw. Popeline, Reinseid. Crêpe de Chine. Includes prices and descriptions.



BAUMWOLLWAREN. Hemden, Kissen, Bettbezüge, etc. Includes prices and descriptions.

Weißwaren - Gardinen. Zwirnspitzen, Klöppelspitzen, Etamine, Künstler-Bettdecken, Wachsleinwand. Includes prices and descriptions.

Trikotagen - Wäsche. Kinder-Futterschlüpfer, Kinder-Normaltrikots, Damen-Futterschlüpfer, Herren-Futterhosen, Damenhemden, Damenhemdchen. Includes prices and descriptions.

Strümpfe - Herrenartikel. D.-Strümpfe, D.-Strümpfe, D.-Strümpfe, D.-Strümpfe, H.-Socken, Post. H.-Soeken, Kinderhandschuhe, D.-Handschuhe, H.-Oberhemden, H.-Oberhemden. Includes prices and descriptions.

BERLIN N Chausseestr. 61-62. Edele Liesenstrasse

Volks-Filmbühne

Neukölln, Bergstraße 147

Spieltage: Freitag, Sonnabend und Sonntag.
Beginn der Vorstellungen: an Wochentagen um 7 u. 9 Uhr,
an Sonn- und Festtagen um 5, 7 und 9 Uhr
Eintrittspreise: 0,60, 0,80, 1,00 Mark

Von Freitag, den 7. bis Sonntag, den 9. Januar

MANON LESCAUT

Ein Sittenbild aus dem Frankreich des 18. Jahrhunderts. — In den Hauptrollen: **Lya de Putti** — **Wladimir Gaidorow**.

Dazu: **Peggy als Detektiv** (Grotteske in zwei Akten) Ferner: **Mit dem Paddelboot durch das Neckartal** (Herrliche Naturaufnahmen)

Verantwortliche Leitung: **Arbeiter-Film-Genossenschaft.**

Ischias in 100% Gummi und Holz, wenn auch festgestelltes in 15 Tagen sind schwere Fälle beseitigt worden. Unentgeltliche Beratungen mit Röntgen, ärztl. empfohlen. Berlinstraße 10a. 9-11, 1-4. Sonntag 10-12. Januar

HUNDE

Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neben Kriegervereinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Inventur-Ausverkauf

Noch nie dagewesen!
bis **75%**
Preisermäßigung.

Damen-Mäntel u. Kostüme

Winter-Mäntel 3, 5, 8, 10, 12 M.
Elegante Kostüme 9, 12, 15, 18, 21 M.
Tuch-äskimo-Mäntel 8, 10, 12, 15, 18 M.
Plüsch-Krism-Mänt. 30, 35, 39, 42 M.
Sommer-Mäntel 2, 4, 6, 8, 10, 12 M.
Kinder-Mäntel 3, 4, 5, 6, 7, 8 M.
Herren-Loden-Mäntel 15, 18, 21

Max Mosczytz
Landsbergerstr. 59
a. Alexanderpl.
Einzelverkauf L. Etage.

Metallbetten

Stahlmattressen, Kinderbetten (siehe in Preis-Kat. 680 ff., Eisenmöbelfabrik) Stahl-Tür.



60 cm Durchmesser
39.50 Mark

Gemäß Vertrag mit dem B.E.W. und den städtischen Gaswerken liefern ich Ihnen diese Lampe für den billigen Preis von

M. 39.50

zahlbar in 10 Monatsraten von Mark **3.95**
Inklusive Porto Mark 1.00.—
In monatl. Raten von Mark 13.00

S. Falkenstein
Schloßstraße 10a/10b/10c

100 MARK

Qualitäts-Recall- u. Reklamemarken gegen Nachahmung gesetzl. gesch. fertigt seit 45 Jahr. als Spezialität

Conrad Müller
Schkenditz-Leipzig

Inferieren
bietet ERPOLG.

Großer Inventur-Ausverkauf

ab 3. 1. 1927

Unsere Leistungsfähigkeit ist unübertroffen! Einige Beispiele unserer Angebote:

Damenwäsche:		Bettwäsche:	
Taghemd mit Stickerlei u. Motiv-einsatz	0.75	Bettgarnitur 1 Bezug, 2 Kissen pa. Reinforce	4.90
Nachthemd reichlich bestickt gute Qual.	1.95	Bettgarnitur bunt, gebt. od. kar. 1 Bez., 2 Kiss. 8/80	5.50
Garnitur Hemd u. Beinkl. m. herrl. Stick. u. Motiv-Einsatz	3.95	Laken schwere Qualität 140/200	1.90
Hemd hose reichlich garniert	1.45	Laken aus Dowias oder Haustuch, sehr haltbare Qualität	2.50
Prinzeßbroek eleg. Ausführung	2.50	Bezüge gute Qualität 120/200	2.75
	1.95 2.95	Kissen passend	0.75
		Barehentlaken pa. Qualitäten	1.95
		Schlafdecken	0.90
		Inlette gute dichte Qualität für Unterbett	5.50
		Inlette gute dichte Qualität für Oberbett	6.50
		Bettfedern enorm billig!	
		Große Auswahl!	

EXTRA-ANGEBOTE:

Bettgarnitur pa. Dimiti, 1 Bezug 130/200, 2 Kissen 80/80	9.50
Bettgarnitur pa. Damast, 1 Bezug 130/200, 2 Kissen 80/80	11.50
Bettgarnitur 1 Bezug, 2 Kissen 80/80 mit Ecken-Einsatz	5.90
Bettgarnitur 1 Bezug, 2 Kissen voll bestickt	9.75

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten! * Reelle fachmännische Bedienung!

Bettwäsche-Spezialhaus **S. Kupferberg** Charlottenburg
Wilmersdorfer Str. 49
Steglitz, Schloßstraße 102

Berliner-Elektriker-Genossenschaft

Berlin N24, Elsässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Zensusprecher Norden 65 25 u. 65 26 | Landhausstraße 4. Tel.: Platzburgy 9931

Ausstellungsräume und Lager
Alexanderstr. 39-40 (Alexander-Passage) Tel.: Königsstadt 540.

Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfanges zu kulantem Zahlungsbedingungen.

Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.



Zahlungs-Erleichterung
für
ODEON BEKA COLUMBIA
MUSIK-APPARATE UND PLATTEN

Verlangen Sie Kataloge mit Preisliste vom
ASTORIA-MUSIK-HAUS
FRIEDRICHSTRASSE 91
am Bahnhof zw. Mittel- und Dorotheenstraße

Lebenslängliche Garantie

leiste ich als Selbstersteller auf die bei mir gekauften

Trauringe

1 Ring 900 gest. (Dauergeld) 7 gr. schwer M. 26.50
1 - 585 - 5 - 14.00
Preisliste 1 - 333 - 4 - 7.00
gratis!

Silber ca. 3000 Stück auf Lager
Gravieren gratis, zum Mitnehmen
N. 24, Artilleriestr. 30
W. Passauer Straße 12

Ges. geschützt Hermann Wiese, Berlin

Ein Triumph der Billigkeit! Inventur-Ausverkauf

Gewaltige Warenposten teilweise bis

zur Hälfte und darunter herabgesetzt!

Ein Posten **Frottier-Handtücher**
glattweiß und mit Streifen-
mustern **65**

Stubenhandtücher
weiß Dreif., 46/100 **48**
in Halbleinen Dreif., 46/100 **75**
Nessel-Bettbezüge
sehr haltbar **2.90**

Wischtücher
rotkarirt, 50/90 **25**
in Halbleinen 50/90 **35**
Rolltücher
gestreift mit roter Kante **95**

Taschentücher
für Damen, Herren und Kinder
50 Proz. herabgesetzt!

Ein großer Posten Restbestände in
Teppichen, Läuferstoffen,
Vorlagen ganz enorm herabgesetzt

1 Posten angestaubte
Künstler-Gardinen
3-teilig, in engl. Tüll, Madras etc.
Bettdecken, Stores, Gardinen-Schals
sowie Gardinen-Reste
zu staunend billigen Preisen

Wachstuch-Leitungs-
schoner **18**
Abgepaßte Etamine-
Scheibenschleier
reich verarbeitet **65**

1 Waggon
Linoleum-Teppiche,
-Läufer, -Reste
teils mit Fehlern, ganz bedeckt solar Preis

Pulloverstoffe
m. Kunstf., durchw.
hervorrag. schön.
Muster . . m 1.85 **1.20**

Blusen-Crêpe
moderne Karo, in
vielen Stellungen
m **0.78**

Crepon u. Crepê
marocain m 8.85 **0.58**

Rips-Popeline
150 cm breit, er-
probte Ware **3.95**

Popeline
Goppeltreut, reine
Wolle, in großen
Sortimenten . . . m **1.85**

Damen-Konfektion

Blusen aus kariertem Velour . . . **95**
Kasak aus gestreiftem,
baumwollenem Planel . . . **1.45**
Pullover mit kunstseidenen Effekten . . **3.95**
Kleiderröcke aus
reiner, Stoffen m. Fliesefalten . . **3.95**
Mäntel aus moll. Stoffen
in moderner Verarbeitung . . **5.90**
Kleider aus reinwollenen
Stoffen, modern verarbeitet . . **3.95**
Kleider aus farb. Popel-
Stoff an, jugendl. fesch. Form. **7.90**

Damen-Wäsche

Trägerhemden mit
Stickerlei-Ornamentierung 1.45 **95**
Garnituren Hemd und
Beinkl. m. Klippapp. Oars. 4.50 **3.50**
Hemd hose weiß u. fig.
m. Val. -Spitz. 2.50 u. Köppelgitt. **1.50**
Prinzeßbröcke mit
Val.-Spitze garniert . . . 4.25 **2.75**

Ein großer Posten

Kinderkleider

Serie I	Serie II	Serie III
95	2.95	4.95

Büfelfuorwan

Pantoffel fehscharbig,
mit pa. Filzsohle u. Absatzfleck **98**
Schwarz-Damen-
schnür- u. Span-
gen-Schuhe in guter
Qualität **3.90**
Blonde Damen-
Spangenschuhe
u. Pumps gegenw. mo-
dernen Paris **7.90**
Herren-Nubuck-
u. Lack-Schuhe
mit feinst. original Rattan-
arbeits, in Patent **11.90**

Luxus-Konfektion

Sakko-Anzüge in viel Farb.
halb. Stoffe
Serie III Serie II Serie I
jetzt **48.00 35.00 22.00**
Schw. Winter- Ulster
Qualitäts-Ware
fröh. bis 75.— fr. h. 58.— fr. h. 45.—
jetzt **49.00 36.00 24.00**

Luxus-Outfital

Oberhemd Perkal mit Kragen **3.75**
Oberhemd Perkal,
mod. Knopf, mit Kragen 2.50 **4.75**
Oberhemd weiß, mit
Piqué-Faltenbrust und Klapp-
manschetten **3.75**
Stehmielegkrag prima
Maké, moderne Formau **48**
Selbstbinder reine Seide,
sehr wertvoll, 1.33 **95**

Teilkonfektion

Kinderschlüpfer 50,
div. Qual., verschied. Größe, Stück
Damenschlüpfer mit
angenehmem Futter, gute
Qualitäten **1.75**
Normalhemden verschied.
Qual u. Größe, 2.48 **1.95**
Herren-Hosen mit
angenehmem Futter, gute
schwere Ware **2.25**

Wäsche

Unterziehstrümpfe reine
Wolle, Fliesefalten . . . **1.10**
Damenstrümpfe Kunst-
wolle, mit Naht, schwarz
und moderne Farben **95**
Damenstrümpfe Wäsche-
wolle, schwarz und
moderne Strahlenfarben . . **1.35**
Damenstrümpfe reine
gute Qualität, mode-
ren Karo, reine Wolle . . . **2.95**

Ramagé entzückende
Muster,
in modernen Halb-
farben, 70 cm
breit **1.20**

Crêpe marocain
Kreide, in mo-
dernen Karos,
70 cm breit **1.6**

Helvetia
großes Farbort-
ment, 84 cm breit **2.90**

Lindener Cöper-
Samt in schw.
a. farbige 70 cm
breit **4.90**

Crêpe de Chine
in schwarz, weiß
und herbig, 90 cm
breit **4.75**

H. Joseph & Co

NEUKÖLLN * BERLIN * FRISTRA * 51-55

im
Erfrischungsraum
Mittagslich von 1/12-3 Uhr
Gedeck 90 Pl.
besteht aus
Suppe oder Bouillon, Braten
mit Kartoffeln und Kompott
(Menu täglich wechselnd)